

Vortrag von Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Gehalten im Rahmen der Veranstaltung „Die extreme Rechte als Gewinner der Krise? Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise für Demokratie und Gesellschaft“ der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Rechtsextremismus in der Krise – Krise des Rechtsextremismus?

Von der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 bleibt auch der Rechtsextremismus in Deutschland nicht unberührt. Vielmehr ändern sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und seine strategischen Handlungsmöglichkeiten gravierend, wenn Arbeitslosigkeit und Armut noch stärker als bisher zu Massenerscheinungen avancieren. Fragt man nach der Zukunft von Rechtsextremismus bzw. Neofaschismus, so ist zwischen exogenen und endogenen Faktoren zu unterscheiden, die seine Entwicklung beeinflussen. Um den zeitgenössischen Rechtsextremismus genauer im politischen Raum verorten sowie seine Entstehungsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten beurteilen zu können, muss die Analyse auf drei Untersuchungsebenen ansetzen: der ökonomischen, der sozialen und der politischen. Hier wird deshalb für ein Erklärungsmodell plädiert, das von der Konkurrenz als entscheidender Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems ausgeht, dadurch (mit)bedingte Veränderungen bzw. Verschlechterungen des sozialen Klimas jedoch genauso berücksichtigt wie die Traditionsbestände der politischen Kultur in Deutschland. Der organisierte Rechtsextremismus ist freilich nicht bloß von ökonomischen, politischen und sozialen Determinanten abhängig, die er kaum zu beeinflussen vermag, sein Erfolg oder Misserfolg hängt vielmehr auch davon ab, ob er über geeignete Funktionäre verfügt, die „richtigen“ Themen aufgreift und Strategie und Taktik der jeweiligen Situation entsprechen. Programmatik, Personal und Parteiorganisation entscheiden letztlich darüber, ob Chancen, die aus ökonomischen Krisen, gesellschaftlichen Umbruchsituationen oder sozialen Verwerfungen resultieren, wirklich im Sinne einer Rechtsentwicklung des politischen Systems genutzt werden können. Schließlich führen Massenarbeitslosigkeit und wachsende Armut keineswegs automatisch zu (mehr) Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt.

Finanzmarktkrise, Massenarbeitslosigkeit und Armutsentwicklung

Seit die Bankenkrise mit dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 globale Dimensionen angenommen hat, deutet vieles darauf hin, dass sich

die soziale Zerklüftung der Gesellschaft erheblich verschärfen wird. Man muss kein Prophet sein, um voraussagen zu können, dass mit der Arbeitslosigkeit auch die Armut im Gefolge der globalen Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise stark zunehmen wird. Lohndumping fällt in Krisenzeiten leichter, sodass künftig noch erheblich mehr Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor angesiedelt sein dürften. Zu den fatalen Folgen der Weltfinanzwirtschaftskrise könnten eine auf Rekordniveau steigende Arbeitslosigkeit, die zunehmende Verelendung von Millionen Menschen, eine dramatische Verschuldung aller Gebietskörperschaften des Staates, d.h. „öffentliche Armut“ in einem vorher nicht bekannten Ausmaß gehören. Gleichzeitig wird sich der Reichtum wahrscheinlich noch stärker bei wenigen Kapitalmagnaten, Finanzinvestoren, Investmentbankern und Großgrundbesitzern sammeln, wenn dem nicht energisch entgegengesteuert wird.

Während die das Krisendebakel wesentlich mit verursachenden Hasardeure und Spekulanten mittels des beim Bund angesiedelten „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin) aufgefangen werden, müssen die Mittelschicht, Arbeitslose und Arme jene Suppe, die Banker und Börsianer der gesamten Bevölkerung eingebrockt haben, vermutlich einmal mehr auslöffeln. Wenn die privaten Banken den für sie bürgenden Staat zur Kasse bitten und ihn die Vermögenden immer weniger mitfinanzieren, wird für die sozial Benachteiligten und die wirklich Bedürftigen kaum noch Geld übrig bleiben. Zusammen mit der im Grundgesetz verankerten „Schuldenbremse“ führen Bürgschaften und Kredite in Milliardenhöhe zu überstrapazierten Haushalten, wodurch sich „Sparmaßnahmen“ natürlich eher als sonst legitimieren lassen.

Die neue Bundesregierung wird höchstwahrscheinlich der Versuchung erliegen, Kürzungen im Sozialbereich vorzunehmen, wo die Macht der Verbände gering ist und noch genug Haushaltsmittel zur Disposition stehen. Aufgrund der sich abzeichnenden harten Verteilungskämpfe um die knappen Finanzmittel des Staates dürfte das soziale Klima hierzulande erheblich rauer werden. Bereits seit geraumer Zeit mehren sich die Anzeichen für eine „härtere Gangart“ gegenüber den Armen. Symptomatisch scheinen zwei Vorgänge zu sein, die sich im Frühjahr 2009 ereigneten: Am 27. März 2009 lehnte der Bundestag mit den Stimmen von CDU, CSU und SPD einen Antrag der LINKEN ab, Arbeitsuchenden und Menschen mit Behinderungen die „Umwelt-“ bzw. Abwrackprämie in Höhe von 2.500 EUR für die Verschrottung eines Altautos beim Kauf eines Neu- bzw. Jahreswagens nach dem „Konjunkturpaket II“ nicht auf die Grundsicherung bzw. die Eingliederungshilfe anzurechnen. Wie am selben Tag von der Stadt Göttingen bestätigt wurde, hatte ein Mitarbeiter des dortigen Sozialamtes einen Leistungsempfänger zu Jahresbeginn zwei Mal beim Betteln in der Fußgängerzone beobachtet und das in ei-

ner Blechbüchse gesammelte Geld (6 plus 1,40 = 7,40 EUR) nachgezählt, woraufhin die Behörde den genannten Betrag auf 120 EUR im Monat hochrechnete und seine Transferleistungen um diese Summe kürzte. Nach einem negativen Presseecho und einer Intervention des Oberbürgermeisters änderte das Sozialamt zwar seine restriktive Haltung, es ist aber damit zu rechnen, dass sich der Umgang mit sozial Benachteiligten, vornehmlich mit „aggressiven Bettlern“ und „Asozialen“ hierzulande in nächster Zeit verhärten und ein sehr viel strengeres Armutsregime errichtet wird.

Mit der US-Amerikanisierung des Sozialstaates durch die sog. Hartz-Gesetze geht womöglich nicht nur eine US-Amerikanisierung der Sozialstruktur (Polarisierung von Arm und Reich sowie Pauperisierung großer Teile der Bevölkerung und Prekarisierung der Lohnarbeit), sondern auch eine US-Amerikanisierung der (sozial)politischen Kultur einher. Über die ganze Gesellschaft mit Ausnahme ihres eigentlichen Schlüsselbereichs, der Wirtschaftssphäre, erstreckt sich demnächst womöglich eine „Kultur der Kontrolle“ (David Garland). Gesellschaftspolitisch bedeutet die Schwerpunktverlagerung von der Wohlfahrtsproduktion zur Regulation der Risikopopulation per Überwachung und Bestrafung, dass sich ein rigides Armutsregime etabliert.

Während so getan wird, als habe die Regierung das Problem der kollabierenden Finanz- und Arbeitsmärkte im Griff, breitet sich die soziale Unsicherheit aus und transformiert man die Bundesrepublik zum „Sicherheitsstaat“ (Joachim Hirsch). Zwischen dem Schwinden der staatlichen Autorität im ökonomischen Bereich, die im Gefolge der Finanzmarktkrise nunmehr erst wieder mühselig rekonstruiert werden muss, und ihrer Stärkung im Hinblick auf die Durchsetzung einer bestimmten Sozial- und Moralordnung besteht nur scheinbar ein Widerspruch. Auch in der Bundesrepublik scheint sich die gesellschaftliche Akzeptanz von Armut und sozialer Ausgrenzung während der letzten beiden Jahrzehnte erhöht zu haben, während die Akzeptanz der Armen selbst aufgrund des sich ausbreitenden Wohlstandschauvinismus, Sozialdarwinismus und Standortnationalismus zurückgegangen ist.

Folgen der Weltwirtschaftskrise für die Demokratie: Rechtsextremisten als Krisengewinnler?

Massenarbeitslosigkeit und -armut, die zu den unvermeidlichen Begleiterscheinungen einer tiefen Erschütterung der Weltwirtschaft gehören, schaffen nicht bloß besser geeignete Rahmenbedingungen zur Errichtung eines neoliberalen Strafrechtsstaates bzw. autoritärer Verwaltungsstrukturen, sondern auch weitere politisch-ideologische Zugänge zum Rechtsextremis-

mus bzw. -populismus. Wenn sich bei der tendenziell erodierenden Mittelschicht die Furcht ausbreitet, in den von der globalen Finanzmarktkrise erzeugten Abwärtssog hineingezogen zu werden, sind irrationale Reaktionen und Rechtstendenzen mehr als wahrscheinlich. Ohne historische Parallelen überstrapazieren und durch den Blick zurück die aktuelle Krisensituation dramatisieren zu wollen, denkt man unwillkürlich an die Weltwirtschaftskrise gegen Ende der 1920er-/Anfang der 1930er-Jahre. Damals leiteten Bankpleiten und Börsenzusammenbrüche international den Niedergang von Unternehmen und riesige Entlassungswellen ein, die Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau sowie Not und Elend großer Bevölkerungskreise nach sich zogen, bevor der NSDAP und ihrem „Führer“ Adolf Hitler am 30. Januar 1933 die Machtübernahme gelang. Der schnelle Aufstieg des Nationalsozialismus wäre ohne diese spezifischen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen kaum möglich gewesen.

Ähnlich groß ist heute die Gefahr für die Demokratie, wenn der Sozialstaat erneut durch eine Weltwirtschaftskrise und einen drastischen Beschäftigungseinbruch unter Druck gerät. Nie gestaltet sich der geistig-politische Nährboden für Rechtsextremisten günstiger, als wenn diese auf die „Juden von der amerikanischen Ostküste“ verweisen und vom sozialen Abstieg bedrohten Gesellschaftsschichten geeignete Sündenböcke präsentieren können. Wenn sich bei der ohnehin erodierenden Mittelschicht die Furcht ausbreitet, in den von der Finanzkrise erzeugten Abwärtssog hineingezogen zu werden, sind irrationale Reaktionen und politische Rechtstendenzen mehr als wahrscheinlich. Davon könnte wiederum ein Signal an die Eliten ausgehen, das bestehende Gesellschaftssystem durch autoritäre Herrschaftsformen zu konsolidieren. Sofern das parlamentarische Repräsentativsystem in einer solchen Umbruchsituation scheinbar blockiert und durch seine Hilflosigkeit gegenüber Krisenerscheinungen der Ökonomie diskreditiert ist und die Politik der etablierten Parteien als durch mächtige Lobbygruppen korrumpiert gilt, haben rechtsextreme bzw. -populistische Gruppierungen relativ gute Chancen, sowohl mehr Stimmen bei Wahlen als bisher wie auch eine größere außerparlamentarische Mobilisierungsfähigkeit und eine höhere Durchschlagskraft zu gewinnen. Umso notwendiger sind die Aufklärung der Öffentlichkeit über Hintergründe des Armutsproblems sowie eine Mobilisierung gegen die aktuellen Tendenzen zur Pauperisierung, sozialen Polarisierung und Prekarisierung.

Die Krise des organisierten Rechtsextremismus

Wie ist die Tatsache zu erklären, dass der organisierte Rechtsextremismus trotz einer globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, die viele Menschen verunsichert und das deutsche Regie-

rungs- und Parteiensystem auf eine harte Bewährungsprobe stellt, bisher nicht erstarkt? Das organisatorische Potenzial, die personellen Ressourcen und der programmatische Ideenreichtum des Rechtsextremismus halten bei weitem nicht mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die ihn auf absehbare Zeit eher beflügeln dürften, Schritt: der globalen Wirtschaftskrise, den sich daraus ergebenden sozialen Verwerfungen und den autoritären Krisenlösungen begünstigenden Traditionslinien der politischen Kultur. Personelle, programmatische und parteiorganisatorische Schwächen des Rechtsextremismus hindern ihn daran, die für ihn günstige Konjunkturschwäche auszunutzen.

Dies gilt besonders für die NPD als parteipolitische Führungskraft des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik: Da sie aufgrund der Untreue ihres früheren Schatzmeisters und Voigt-Vertrauten Erwin Kemna, einer Spendenaffäre und falschen Angaben im Rechenschaftsbericht sowie hoher Rückzahlungsforderungen der Bundestagsverwaltung an Wahlkampfkostenerstattung, die dadurch ausgelöst wurden, selbst in einer tiefen Finanzkrise steckt, gelang es ihr bisher so gut wie überhaupt nicht, Kapital aus der globalen Finanzkrise zu schlagen, und noch weniger, glaubwürdig öffentlich darzulegen, welche gesellschaftspolitischen Alternativen dazu sie vertritt. Rabiāt ausgetragene Richtungskämpfe, persönliche Intrigen und offene Zerwürfnisse innerhalb des kleinen Führungskaders, die bis zu einer Kampfkandidatur zwischen Voigt und Udo Pastörs, dem Fraktionschef im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, um den Parteivorsitz eskalierten, lähmen die NPD ausgerechnet zu einer für sie extrem günstigen Zeit sozialökonomischer Krisenhaftigkeit.

Gegen Ende des 20./Anfang des 21. Jahrhunderts rückte die völkische Kapitalismuskritik wieder stärker in das Blickfeld der Rechtsextremisten, was sich in einem Strategiewechsel von Gruppierungen wie der NPD und einer thematischen Schwerpunktverschiebung von der „Ausländer-“ zur „sozialen Frage“ niederschlug. Freilich hat die soziale Frage, mit der sich die Not von Millionen Erwerbslosen, Niedriglöhner(inne)n und armen Familien verbindet, im rechtsextremen Politikmodell keinen Eigenwert; sie ist der nationalen Frage, verstanden als Auftrag zur Bildung einer „Volksgemeinschaft“, vielmehr total untergeordnet. Ginge es nach der NPD, würden die Deutschen nach diesem historischen Vorbild heute eine „Schutz- und Schicksalsgemeinschaft“ bilden, um in deren Schoß den Stürmen der ökonomischen Globalisierung standhalten zu können.

Am 15. Januar 2005 schlossen NPD und DVU einen „Deutschland-Pakt“, in dem sie genau festlegten, welche der beiden Parteien bis 2009 bei welcher Wahl antritt. Vermieden werden

sollte durch den Verzicht der jeweils anderen auf eine separate Kandidatur, dass man sich gegenseitig die Stimmen wegnimmt. Gedacht war an eine „Volksfront von rechts“, die auch unorganisierte Neonazis und Kooperationswillige aus der gewaltbereiten Kameradschaftsszene mit einschloss. Historisch stand dabei offenbar die Harzburger Front, in der sich am 11. Oktober 1931 Nationalsozialisten, Deutschnationale und „Stahlhelm“-Mitglieder zum Sturm auf die Weimarer Republik rüsteten, Pate. Allerdings hielt das Bündnis wieder nicht lange: Bei der Landtagswahl in Thüringen am 30. August 2009 kandidierte die NPD statt – wie vorgesehen – die DVU, und bei der Landtagswahl in Brandenburg am 27. September 2009 wie auch bei der Bundestagswahl am selben Tag kandidierten beide Parteien wieder gegeneinander. Offenbar versucht die NPD, der DVU das Wasser endgültig den Garaus zu machen, nachdem diese nicht mehr von Gerhard Frey geführt wird, Geldsorgen hat und in größeren Orientierungsproblemen steckt.

Dass alle drei rechtsextremen Parteien, die sich an der Bundestagswahl beteiligten, schlecht abgeschnitten haben und zum Teil marginalisiert worden sind (NPD: 1,5 Prozent; REPUBLIKANER: 0,4 Prozent; DVU: 0,1 Prozent der Zweitstimmen), sollte keine vorschnelle Entwarnung nach sich ziehen und nicht dazu verleiten, das Problem zu verharmlosen. Denn die Weltwirtschaftskrise ist bei vielen Menschen, denen es relativ gut geht, noch gar nicht angekommen, und die extreme Rechte muss sich erst noch reorganisieren, wenn sie mehr Erfolg haben und größeren Einfluss auf Politik, Staat und Gesellschaft gewinnen möchte.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Seine letzten beiden Buchveröffentlichungen zum Thema: „Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz“, Opladen/Farmington Hills 2008; „Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird“, Frankfurt am Main/New York 2009